

Gemeine Gemeinden?

Im Spätsommer 2009 haben die Solothurner Einwohnergemeinden ihr verfassungsmässiges Recht genutzt und die Gesetzesinitiative „Sach- und Finanzverantwortung zusammenführen“ eingereicht. Die Forderung der Kommunen ist einfach. Sie wollen, dass die Kantonsbeiträge an die Lehrergehälter angehoben und gleichzeitig die beitragsberechtigten Personalkostenanteile erweitert werden. Insgesamt geht es um etwa 45 Millionen Franken zulasten des Staates und zugunsten der Gemeinden. Ist dieses Begehren ein perfider Griff der Gemeinden in die Staatskasse? Nein!

Mit der Initiative wollen die Gemeinden nur das umsetzen, was die Theorie seit Jahren fordert, nämlich die Zusammenführung von Sach- und Finanzverantwortung. Die Idee ist einfach und bestechend. Wer über eine Leistung bestimmt, soll auch für deren Finanzierung verantwortlich sein. Auf diese Weise sollen kaum finanzierbare Leistungen verhindert werden. Wer mit einem fremden Portemonnaie einkauft, leistet sich sehr schnell einen gewissen Luxus. Bratwurst und Rösti statt Hummer und Kaviar ist also die Lösung.

Was in der Theorie völlig unbestritten ist, wird leider in der Praxis oft missachtet. Die Finanzstatistik liefert den Beweis. Im Jahr 1990 wurden 51.2 % der Gemeindesteuern für die Bereiche Bildung und Soziales benötigt. 2007 waren es 69.9 %. Die Art der Aufgabenerfüllung wird in diesen Disziplinen im Detail durch den Kanton vorgegeben. Der Staat hat also in erheblichem Umfang Leistungen zulasten der Einwohnergemeinden ausgebaut. Diese Aussage gilt übrigens auch für weitere Politikbereiche. Es gibt Solothurner Gemeinden, welche nur noch über etwa 5 % ihres Budgets selbst bestimmen können.

In ersten harschen Reaktionen aus dem Rathaus wurde bereits die Drohung ausgesprochen, die Annahme der Initiative würde zu einer Steuererhöhung führen. Diese Meinung kann nicht stimmen, denn es werden lediglich Mittel verschoben. Es findet absolut kein Leistungsausbau statt. Im Gegenteil; eine Annahme der Initiative sorgt für höheres Kostenbewusstsein, vermindert Disparitäten zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Gemeinden und bietet zudem die Möglichkeit, eine fundierte Finanzausgleichsdiskussion auf höherem Niveau zu lancieren. Die Initiative der Gemeinden will also nicht bloss eine finanzielle Umverteilung. Sie will wirtschaftliches Verhalten sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene fördern. Die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger definiert sich aus der Gesamtsumme von Bundes-, Staats- und Gemeindesteuern.

Dass die Stärkung der Gemeinden aus finanzpolitischer Sicht Sinn macht, kann ebenfalls der Finanzstatistik entnommen werden. Die Nettoschulden je Einwohner/in sind innerhalb von zehn Jahren von 2'171 Franken auf 361 Franken gefallen (Rechnungsjahr 2007).

Gleichzeitig sank der gewichtete Steuerfuss für die natürlichen Personen von 125.6 auf 115.5 %.

Diese beachtenswerte bessere Positionierung der Gemeindefinanzen gelang übrigens aus eigener Kraft. Im Gegensatz zum Kanton haben die Gemeinden kein Manna aus Bern erhalten. Aus Solothurn schon gar nicht.

Fazit: Die Lancierung der Initiative der Solothurner Einwohnergemeinden ist absolut kein gemeiner Akt, sondern aus sach-, finanz- und ordnungspolitischen Überlegungen ein erster, überfälliger Schritt in die richtige Richtung.